Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 5,50 M., ins Haus geliefert 5,90 M., durch die Post bezogen ohne Abtrag 5,85 M., mit Abtrag 45 Pfg. mehr, zusammen 6,35 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 25 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 35 Pf. Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 75 Pfg., für Auswärtige 80 Pfg., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 4spaltige Petitzeile 2,00 M. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung. Belagegebühr nach Vereinbarung.

48. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt.“** Fernsprecher 224.

Nr. 53. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Donnerstag, den 6. Mai. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | 1920.

Ein „Unabhängiger“ gegen die Räte-Diktatur.

In der nächsten Nummer der „Weltbühne“ findet der Unabhängige Heinrich Ströbel, der im ersten preußischen Revolutionsministerium Stellvertreter des Ministerpräsidenten war, scharfe Worte gegen die Illustonisten der Diktatur des Proletariats. Er schreibt:

„Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hat im „Vorwärts“ mit statistischem Tatsachenmaterial nachzuweisen versucht, daß die Erfolge der bolschewistischen Gewaltmethode in Rußland die deutsche Arbeiterschaft unmöglich zur Nachahmung reizen könnten. Und die Ziffern und Behauptungen Robert Schmidts sind leider nicht anzufechten. Es sind ja bolschewistische Stimmen, die von dem furchtbaren Hunger der russischen Stadtbevölkerung zeugen; und die wirtschaftlichen Angaben, die den totalen Zusammenbruch der russischen Industrie erweisen, sind der Produktionsstatistik der Sowjet-Regierung selbst entnommen. Sicherlich: daß es in Rußland so gekommen, lag zum guten Teil an der Lostrennung der Randkaaten, der Abschneidung von Rohstoffquellen, an der Blockade und dem Bürgerkrieg. Aber es lag auch nicht zum geringen Teil an dem politischen und sozialen System der Räte-Regierung.

Das Räte-System und die sofortige „Sozialisierung“ lähmten Rußland in zahlreiche Einzelrebubliken auf, was jeder Bäuerin, jeder Ort, jede Fabrik nach ihrer eigenen Fasson drauflos wirtschaftete. Was damals zugrunde gerichtet wurde, hat durch alle späteren Gegenmaßnahmen, durch die größtmögliche Zentralisierung, der Produktion, durch die Einführung der Diktatur der Betriebsräte und die Unterwerfung der Arbeiter unter die schärfste Arbeitsdisziplin nicht wieder gut gemacht werden können. Daß Petersburg, das bei Ausbruch der Revolution 2 700 000 Menschen zählte, jetzt nur noch von höchstens 500 000 Menschen bewohnt wird, ist mit eine Folge der inneren Mängel des Sowjet-Systems. Und wenn heute an der mittleren Wolga gewaltige Getreidemengen lagern, die wegen des Mangels an Transportmitteln nicht nach den hungernden Großstädten geschafft werden können, so liegt das daran, daß in dem Stadium der Anarchie die gewaltige Wolga-Flotte durch die Ausraubung ihrer wertvollen Maschinenteile völlig gebrauchsunfähig gemacht worden ist. Die politische und wirtschaftliche Anarchie, die mit der Räte-Diktatur über das Land hereinbrach, konnte gar nicht anders, als mit dem Wirtschaftszusammenbruch enden.

Die proletarische Diktatur im Sinne des Gewaltregiments, so fährt Heinrich Ströbel fort, einer Volksminderheit ist deshalb für Deutschland ein Unding. Gerade weil die Sozialisierung ein Problem der Organisation ist, kann nur der freie Entschluß und der bewußte Wille der Volksmehrheit die enormen Schwierigkeiten der sozialen Umgestaltung bewältigen, ohne das Wirtschaftsleben in ein Chaos zu verwandeln, wie es in Rußland herrscht, wo neben dem Hunger die Seuchen: Typhus, Flecktyphus, Cholera und hier und da schon die Pest die Bevölkerung dezimieren.

Nachrichten

Übermittelt von Wolff's Telegraphen-Büro.

Wtb. Berlin, 4. Mai. Amtlich. Das unter Leitung eines parlamentarischen Unterstaatssekretärs im Reichswehrministerium arbeitende Untersuchungsamt über die Märzvorgänge hat bisher 14 Fälle erledigt und dem Reichswehrminister vorgeschlagen, die Generale von Hülsen, von Lettow-Vorbeck, Strempel, die Obersten Freiherr von Wangenheim, von Ledebour, Oberstleutnant von Kleewitz und Major Mathias unter Anklage zu stellen und vom Dienst zu entheben, General von der Hardt, Oberstleutnant von Wetzel, die Majore von Sydow und Bock zu beurlauben und gleichfalls unter Anklage zu stellen und die Fälle aus dem Oberleutnants von Faber wegen mangelnder Beweise niederzuschlagen.

Wtb. Berlin, 4. Mai. Der Abgeordnete Emanuel Wurm (Unabh. Soz.) ist gestorben. — Der Abg. Otto Wels (Soz) zog sich durch einen Unfall eine schwere Verletzung am Knie zu und scheidet infolgedessen aus dem Wahlkampf aus.

Wtb. Newyork, 4. Mai. Der irische Agitator Jim Larkin, der kürzlich mit anderen Scharfmachern verhaftet wurde, ist wegen anarchistischer Verbrechen zu der unbestimmten Strafe von 5 bis 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Larkin trat 1913 bei den großen Streiktumulten in Dublin als Führer hervor.

Wtb. Washington, 4. Mai. Der oberste Gerichtshof wies das Ersuchen der Regierung auf Revision des Verfahrens gegen die United Staates Steel Corporation, die unter der Anschuldigung des Verstoßes gegen das Antitrustgesetz eingeleitet worden war, ab.

Wtb. Amsterdam, 4. Mai. Den Blättern zufolge wird sich Holland an dem internationalen Lebensmittelkredit für Oesterreich mit 3 Millionen Dollar beteiligen.

WTB. Oppeln, 3. Mai. Die überaus erregte Stimmung der deutschen Bevölkerung in Oppeln hat die polnische Vertretung der Abstimmungskommission sowie des polnischen Konsulats veranlaßt, aus Oppeln abzureisen. Nur unter dem Schutz französischer Truppen gelang es ihnen, das Hotel auf einem Seitenwege zu verlassen. Das polnische Konsulat wurde unter den Schutz französischer Truppen gestellt. In anderen Stadtteilen kam es auch heute zu blutigen Zwischenfällen.

WTB. Berlin, 3. Mai. (Durch Funkspruch von Bord des Dampfers Kypros) Die mit dem deutschen Levante-Dampfer Kypros zurückkehrenden Palästina-Deutschen — 72 Männer, 115 Frauen und 97 Kinder — treffen voraussichtlich am Donnerstag in Hamburg ein.

WTB. Paris, 3. Mai. Havas. Ein von Versailles kommender Zug entgleiste. Der Lokomotivführer ist tot, der Heizer und ein Hilfsmaschinist sind verletzt. Von den Reisenden wurden fünf schwer und fünf leichter verletzt.

WTB. Darmstadt, 3. Mai. Anläßlich einer unter dem Vorsitz des hessischen Staatsministers Ulrich stattgehabten Besprechung der Angelegenheiten des besetzten hessischen Gebiets wurden Maßnahmen für die Schwierigkeiten der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Sie werde helfen, wo es irgend möglich sei.

Die Verhandlungen erstreckten sich insbesondere auf Fragen der Requisition, der Einquartierungslasten, sowie auf Wünsche wirtschaftlicher Art. Die Beratung der einzelnen Fragen wird morgen in Mainz festgesetzt werden.

WTB. Paris, 3. Mai. Nach Havas-Meldungen ist die Arbeitsruhe der Hafenarbeiter und der Eisenbahner allgemein. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat heute Vormittag mit den Eisenbahndirektoren verhandelt. Es wird versichert, daß die Lage sich etwas gebessert hat.

WTB. Berlin, 4. Mai. Beim Reichswehrministerium laufen täglich Gesuche aus allen Bevölkerungskreisen des Ruhrgebiets ein, die ein weiteres Verbleiben der Reichswehr und Sicherheitspolizei fordern und die der Besorgnis vor einem neuen Aufstand Ausdruck geben. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß

Die aus der Mühle.

Roman von Anny Wothe.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck verboten.

23. Fortsetzung.

Elsa trat näher und mahnte, da das Brautpaar auch im Begriff war, abzufahren, zur Heimkehr. — Am Eingang des Gartens standen Gret, Fritzchen, Lothar von Sanden und der junge Pastor Erich Winkler, der das Brautpaar getraut hatte, in angelegentlichem Gespräch. Das helle Lachen der jungen Leute schien für den ernsten Geistlichen, der vielleicht dreißig Jahre zählen mochte, sehr viel Anziehungskraft zu besitzen, denn er „wich und wankte nicht,“ wie Lothar, dem die Gegenwart des Geistlichen etwas unbequem schien, leise vor sich hin brummte. — „Nicht wahr, Herr Pastor,“ fragte Gret soeben mit liebreizendem Lächeln und hob die sonnigen Augen zu dem ernsten Manne mit dem Johanniskopf und der hünenhaften Gestalt kindlich empor, „es ist doch Sünde, jemand zu heiraten den man nicht liebt? — Der Geistliche lächelte zu ihr herunter, wie man ein Kind, das geistig im Dunkel tappt, anlächelt und sagte freundlich: „Es kommt auf die Umstände an, gnädiges Fräulein. Oft werden Ehen auch aus anderen Gründen geschlossen, und sie sind doch glücklich. Da ist zum Beispiel eine verwandte Schwester der Liebe, die oft eine Ehe schließt, — ich meine die Dankbarkeit, das Mitleid.“ — „Oder der Geldsack,“ unterbrach Fritz den Pastor lakonisch. — „Oho! demonstrierte Lothar und dehnte sich in seiner knappen Uniform, als wollte er sagen: „So was kommt bei uns nicht vor.“ — „Tun Sie mir den einzigen Gefallen, Lothar, und reden Sie nicht auch noch,“ rief Fritz lachend, „ich sage Ihnen, der Geldsack und nochmals der Geldsack, und wer einen hat, der kann sich Eine oder Einen kaufen, wie er ihn haben will.“ — „Kind, Kind,“ mahnte der Geistliche. — „Ach, Herr Pastor, seien Sie nur nicht böse, aber es ist ganz gewiß so und ich kaufe mir auch einen — natürlich einen Offizier — ach, Sie glauben wohl, Sie,“ unterbrach sie sich, als sie sah, wie der blonde Offizier sich wohlgefällig seinen Schnurrbart drehte und ihr lustig in die Augen blickte. — „Nein, fällt mir gar nicht ein! Ich nehme so einen, der mir gefällt und nichts, gar nichts hat, und der muß mir dann dankbar sein, das ist wohl so ein Fall, von dem Sie vorhin sprachen, Herr Pastor?“ — Winklers Antlitz war ernst geworden. Sie sollen nicht so unüberlegt reden, Fräulein Frieda, sondern geduldig warten, bis die Liebe in Ihrem jungen Herzens ihren Einzug hält.“ — „Die Liebe?“ fragte Gret schnell und faltete ihre kleinen Hände, „kommt sie zu jedem ganz gewiß, Herr Pastor?“ — Er sah ihr tief in die sehnsüchtig strahlenden Augen und sagte in einem fast innigen Tone: „Erlauben Sie, daß ich Ihnen mit dem Dichter antworte:

„Wer keinen Frühling hat, dem blüht er nicht —
Wer schweigt — dem tönt kein Echo hier auf Erden,
Wes Herz nicht bichtet — der faßt kein Gedicht,
Und wer nicht liebt, dem wird nie Liebe werden.!
Was ist der Geist, der nie zum Geiste spricht —
Der selbstgefällig will in sich verweisen?
Was ein Gemüt, das nie die Rinde bricht,
Was eine Schrift, die nicht und nie zu lesen?
Es findet jeder Geist verwandte Geister,
Kein Herz, das einsam ohne Liebe bricht.
Nur wer sich selbst verlor ist ein Vermisster,
Wer keinen Frühling hat, — dem blüht er nicht.“

„Darf ich Ihnen den Arm reichen, Fräulein von Sanden? Herr Dr. Lindner führt seine junge Frau soeben zum Wagen.“ — „Verdammt sentimentale Geschichte,“ sagte Lothar zu Fritz, mit ihr dem ersten Paare folgend, „meinen Sie nicht auch? — Fritz nickte ernsthaft. „Haben Sie's verstanden?“ Damit tippte sie mit ihrem Zeigefinger nach der Gegend seiner Stirn. — Lothar seufzte herzbrechend und sah seiner Schwester nach, die in ihrem lichtblauen von tausend blitzenden Schmelzperlen übersäeten Kleid, das blonde Haar wie ein Mantel über die Schulter fallend, einem gaukelnden Schmetterlinge glich. „Ich verstehe gar nichts von Poesie, Fritzchen so dumm das auch ist,“ sagte er offenherzig, „und wir wird immer ganz jammervoll, wenn ich so was höre. Der Pastor ist doch sonst ein ganz vernünftiger Mensch, daß er aber so vernagelt ist und solchen Unsinn redet, hätte ich nie gedacht, Sie!“ — Fritz schüttelte wehmütig das Köpfchen. „Es war doch aber zu schön!“ sagte sie endlich, „wie er das so von dem Frühling und der Liebe sagte, ach, Lothar, ich möchte doch zu gern auch einmal lieben!“ — „Lieben Sie mich!“ — Er hatte sich tief zu ihr herabgebeugt und innig ihre kleine rosige Hand gefaßt. In seinen ehrlichen Augen lag es trotz des Uebermutes wie eine stumme Frage. — „Unsinn!“ entgegnete Fritzchen und wunderte sich über sich, weil sie fühlte, daß sie errötete. „Sie und lieben? Da könnte einem ja noch jammervoller werden, als bei Pastor Winklers Poesie!“ — Lothar schaute ihr verdutzt in das frische, rosige, kindliche Antlitz — Fritzchen brach übermütig einen Flederzweig und warf ihn jauchzend in den Wagen, in dem Suse und Reinhard soeben Platz genommen hatten, der Schwester in den Schoß. „Glückliche Fahrt!“ rief sie lachend Suse zu. — Ein Blick Susens traf die jugendliche Schwester, daß es Fritzchen plötzlich war, als müßte sie laut aufweinen vor Jammer und Qual, aber sie wollte nicht. Tapfer kämpfte sie die aufsteigenden Tränen zurück und ließ ihr Taschentuch noch immer im Winde zum Lebewohl flattern, als der Wagen mit dem jungen Paar schon längst den Blicken der Zurückbleibenden entschwunden war. Am äußersten Ende des Mühlengartens aber stand Rike an der Hecke — die alte harte Rike und schluchzte noch herzbrechender denn damals, als ihre junge Liebe gestorben, und von den welken Lippen rang es sich wie ein Gebet: „Allgütiger, schütze und behüte mein Herzenskind, meine Suse!“ — Die Flederbüsche nickten dazu, und der Jasmin streute seine weißen Sternblüten über die alte treue Dienerin des Hauses, deren Liebesfrühling längst zur Rüste ging.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Den Heideweg entlang rollte das stolze Gefährt mit dem jungen Paar Schloß Rodendorf zu. Derselbe Weg, den Suse vor kaum acht Wochen in wonniger Liebeseligkeit an der Seite eines anderen gegangen. Sie mochte nicht reden, nicht denken, nicht fühlen. Stumm saß sie an Reinhards Seite, der von Zeit zu Zeit einige gleichgültige Bemerkungen über den Weg, den sie zurücklegten, machte. — Diejunge Frau schloß die Augen. Da kam auch die Botenfrau des Weges daher, gerade wie damals, als Suse Waldemars Liebesschwüre empfing. Die junge Frau sah sie — aber sie grüßte nicht; vor ihren Augen wogte und wallte es wie dichte, undurchdringliche Nebel. Die alte Botenmine aber stand am Wege und blickte dem eleganten Gefährt lange nach.

(Fortsetzung folgt.)

die Reichsregierung dauernd bemüht ist, die Ordnung im Ruhrkohlengebiet sicherzustellen und daher auch, wie bekannt, Verhandlungen mit der Entente eingeleitet hat, damit ein hinreichender Schutz den bedrohten Gebieten belassen werden kann.

Beachtenswerte Worte des Reichswehrministers Geßler.

Wie die Morgenblätter berichten sprach Reichswehrminister Geßler gestern in einer deutsch-demokratischen Wahlversammlung und führte u. a. aus: Die Revolution sollte jedermann drei Erfahrungen eingehämmert haben.

1. Das Bürgertum muß wissen, daß man gegen die Arbeiterschaft nicht regieren kann.
2. Die Arbeiterschaft muß wissen, daß sie ohne das Bürgertum den Wiederaufbau nicht durchführen kann.
3. Die Diktatur des Proletariats läßt sich die Landbevölkerung nicht gefallen.

WTB. München, 3. Mai. Von zuständiger Seite erfährt die Korrespondenz Hoffmann, daß der Heilige Vater für die armen Kinder in Deutschland bis jetzt schon mehr als fünf Millionen Mark gespendet hat. Davon sandte der Papst über vier Millionen an den Kardinal Fürstbischof von Breslau und über eine Million an den Erzbischof von München—Freising mit der Anweisung zur Verteilung an die einzelnen Diözesen.

Gegenwehr der Deutschen gegen die polnischen Drangsalierungen.

Privattelegramm. Berlin, 5. Mai. Wie die Morgenblätter aus Oppeln melden, zogen die deutschen Arbeiter vor die Wohnungen der Polenführer und setzten die Herausgabe der Waffen und der Weißen Adler durch. Am Abend drang die Menge in die Räume der polnischen Hetzblätter, demolierte die Maschinen und schleppte die halbfertigen Zeitungen auf die Straße, wo alles zerstreut wurde.

— Das Tageblatt erfährt, daß die Aufdeckung des polnischen Anschlages auf Oberschlesien immer mehr neues Material zutage fördert. So fand man bei polnischen Spionen im Kreise Militsch Briefe, aus denen hervorgeht, daß die polnischen Pläne auch dahin zielen, Mittel-Schlesien bis zur Linie des Flusses Bartsch zu besetzen.

— Der Lokal-Anzeiger berichtet aus München zu den Verhandlungen über die Errichtung einer päpstlichen Nunziatur in Berlin. Zum Bischof von Berlin ist das Mitglied der Nationalversammlung, Domkapitular Dr. Kaß von Trier, in Aussicht genommen.

WTB. Berlin, 4. Mai. Die dänische Regierung hat am 27. April dem deutschen Vertreter bei der internationalen Kommission in Flensburg durch Generalsekretär Bruce mitgeteilt, daß sie von ihrem Recht nach Artikel 109 des Friedensvertrages, die erste schleswigsche Abstimmungszone bei einer Mehrheit für Dänemark nach erfolgter Abstimmung durch ihre Verwaltungs- und Militärbehörden besetzen zu lassen, nunmehr Gebrauch machen wolle. Für die militärische Besetzung ist der 5. Mai vorgesehen.

Die dänische Regierung will die höheren Beamten in allen Verwaltungszweigen (Post, Telegraph, Telephon, Eisenbahn, Justiz usw.) mit alleiniger Ausnahme der Zollverwaltung durch Beamten zurückziehen will. Ferner wird Dänemark im Einverständnis mit der Kommission die militärische Besetzung der ersten Zone durchführen. Die Note erklärt, daß die dänische Regierung hiermit namens der internationalen Kommission handele.

Als Antwort hierauf wurde am 3. Mai in Flensburg durch den deutschen Vertreter eine Antwortnote überreicht, in der die Einbeziehung der Richter unter den Begriff Verwaltungsbehörde als gegen den Wortlaut des Artikels 109 des Friedensvertrages verstoßend abgelehnt wird. Die deutschen Richter werden also weiter in Funktion bleiben müssen, während die deutsche Regierung von dem dänischen Anerbieten Gebrauch macht und die eigentlichen Verwaltungsbeamten sämtlich, also nicht nur die höheren, ihre Tätigkeit mit dem Tage der Uebernahme der betreffenden Verwaltungszweige durch die Dänen einstellen läßt. Der grundsätzliche Standpunkt der deutschen Antwortnote ist der, daß in der Uebernahme der Verwaltung der ersten Zone keineswegs die Uebertragung der Hoheitsrechte zu erblicken ist, sondern daß die dänischen Beamten lediglich als gleichzeitige Organe der internationalen Kommission fungieren. Zollverwaltung und Währung bleiben unverändert deutsch als Ausdruck der durch die Besetzung nicht berührten deutschen Souveränität.

WTB. London, 4. Mai. Wie der Londoner Vertreter des „Temps" mitteilt, soll man in den Kreisen des Obersten Rates der Ansicht sein, dieser müsse ein internationales Regierungsorgan werden; es sei nicht unmöglich, daß eines Tages die Aufnahme von deutschen Delegierten in den Obersten Rat in Betracht gezogen werde und ebenso früher oder später die Aufnahme von Vertretern Rußlands. Dann würde neben dem Völkerbund ein internationales Regierungsorgan aus den Ministerpräsidenten aller Staaten bestehen.

WTB. Berlin, 4. Mai. Beim Reichswehrministerium laufen täglich Gesuche aus allen Bevölkerungkreisen des Ruhrkohlengebietes ein, die ein weiteres Verbleiben von Reichswehr und Sicherheitspolizei fordern und die der Besorgnis vor einem neuen Aufstand Ausdruck geben. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung dauernd bemüht ist, die Ordnung im Ruhrkohlengebiet sicherzustellen und daher auch wie bekannt Verhandlungen mit der Entente eingeleitet hat, damit ein hinreichender Schutz den bedrohten Gebieten belassen werden kann.

— Nach einem Bericht der Times aus Panama kam es in der Stadt Panama zu feindlichen Kundgebungen gegen die Regierung der Vereinigten Staaten wegen der Beschlagnahme der Insel Taboga am Eingang des Panamakanals. General Pershing, für den ein Empfang vorbereitet war, mußte wegen der drohenden Haltung der Menge unter Bedeckung umkehren. Die Menge wurde durch Polizei zerstreut. Die Besetzung der Insel Taboga war gemäß dem Vertrage von 1904 erfolgt, der den Vereinigten Staaten das Recht gibt, für Zwecke des Kanals Teile des Grundgebietes von Panama zu enteignen.

— Times meldet aus Warschau, daß laut Meldung des Generalstabes seit Beginn der Offensive 25000 Gefangene gemacht, 105 Geschütze, 818 Maschinengewehre, 2 Panzerzüge, 2 Tanks und viel Kriegsmaterial erbeutet wurden.

WTB. Muskogon (Oklahama), 4. Mai. Reuter. Während eines schweren Sturmes, der die Stadt Bega verwüstete, wurden 50 Personen getötet und viele verletzt.

WTB. Amsterdam, 4. Mai. Telegraaf gibt eine Londoner Meldung wieder, der zufolge in Warschau zwischen Polen und der Ukraine ein Grenzabkommen geschlossen worden ist. Im allgemeinen folgt die neue Grenzlinie der alten. Am Bug tritt Polen der Ukraine eine große Fläche Landes mit 1½ Millionen Polen ab und erhält dafür Ostgalizien mit Ausnahme eines Teiles von Wolhynien.

WTB. Breslau, 4. Mai. Der Streik der Bankangestellten der Großbanken ist in Mittel- und Niederschlesien, bis auf Görlitz, das sich morgen anschließen dürfte, vollständig. Es stehen etwa 4000 Beamte im Streik. Die Streikleitung sprach heute früh beim Regierungspräsidenten als Stellvertreter des Oberpräsidenten mit der Bitte vor, die Annahme der gestellten Forderungen zu veranlassen, damit die bereits eingetretenen volkswirtschaftlichen Störungen nicht größeren Umfang annehmen.

WTB. Lille, 3. Mai. Havas. Die Versammlung aller Syndikatsbergarbeiter der Bezirke Arglin und Denain hat ohne Erörterung die Losung angenommen, daß ab Montag wieder gearbeitet wird.

WTB. Paris, 3. Mai. Die Polizei verhaftete heute morgen den Redakteur Rennete von der Wochenzeitschrift La vie ovvriere, der einen Pressefeldzug zu Gunsten der Fortsetzung der Eisenbahnerbewegung begonnen hatte.

WTB. Amsterdam, 3. Mai. Die Times meldet aus Havanna, daß dort am 1. Mai zwei Bomben explodierten. Ein Teil des Rathauses und ein anderes Gebäude seien zerstört worden.

WTB. Rotterdam, 3. Mai. Laut Nieuwe Rotterdamschen Courant überfiedelt der vormalige deutsche Kaiser am 12. Mai von Amerongen nach seinem neuen Wohnsitz Haus Doorn.

WTB. Elberfeld, 3. Mai. Die Angestellten der Großbanken des Wuppertales sind in den Ausstand getreten.

WTB. Amsterdam, 4. Mai. Wie Telegraaf aus London meldet, sagte Cecil Harmsworth in Erwiderung auf eine Anfrage im englischen Unterhause, er glaube, daß tatsächlich ein italienisches Kriegsschiff nach Noworossisk gefahren ist, um eine bessere drahtlose Verbindung mit Rußland herzustellen, aber nicht zu dem Zwecke, um diplomatische Beziehungen mit Rußland anzuknüpfen. Harmsworth erklärte ferner es für unrichtig, daß Vertreter der russischen Räteregierung in San Remo gewesen seien.

WTB. Neapel 4. Mai. Die Kammer des Arbeiterverbandes beschloß die Beendigung des Generalstreiks.

WTB. Haag, 4. Mai. Havas. Die internationale Hilfskonferenz für die verschiedenen Länder Mitteleuropas kam zu einer Einigung über die Vorschläge für eine Hilfsaktion. Diese wird in der Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen bestehen. Zur Bezahlung wird jedem Lande ein Kredit eröffnet. Alle Kredite werden einen Gesamtbetrag bilden, auf den ein allgemeiner Modus Anwendung findet. Eine internationale Kommission wird sich darüber vergewissern, daß die Kredite möglichst der Bedürftigkeit der Länder entsprechend verteilt werden.

Wtb. London, 3. Mai. Wie der Londoner Vertreter des [illegible] der Ansicht sein, dieser müsse ein internationales Regierungsorgan werden; es sei nicht unmöglich, daß eines Tages die Aufnahme von deutschen Delegierten in den obersten Rat in Betracht gezogen werden wird und ebenso früher oder später Vertreter Rußlands. Dann würde neben dem Völkerbund ein internationales Regierungsorgan aus den Ministerpräsidenten aller Staaten bestehen.

Wtb. Paris, 3. Mai. Siebzehn am 1. Mai Verhaftete sind heute zu ein bis sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Einzelne auch zu ein- oder zweijährigem Aufenthaltsverbot. Die zweite Strafkammer verhängte gegen zwölf weitere Teilnehmer an den Kundgebungen Gefängnisstrafen von 8 Tagen bis zu 15 Monaten. Ein ehemaliger Unterleutnant der Artillerie, der gerufen hatte, „Es lebe die Sowjetrepublik! Nieder mit der Armee!" erhielt 8 Monate Gefängnis.

Wtb. Berlin, 3. Mai. Ein Teil der belgischen Presse sucht es so darzustellen, als sei der Generalstreik in den Kreisen Eupen und Malmedy ein Machwerk politischer Agenten oder als würde er zur Erkämpfung wirtschaftlicher Forderungen geführt. Demgegenüber stellt die Deutsche Allgemeine Zeitung fest, daß es sich hier weder um wirtschaftliche noch um innerpolitische Dinge handelt, vielmehr kommt in dem Generalstreik der allgemeine Protest der Bevölkerung gegen die belgische Vergewaltigung zum Ausdruck. Die Einwohner lehnen sich gegen die Art auf, wie von den Belgiern die Volksabstimmung gehandhabt wird. Bekanntlich liegen in Eupen und Malmedy im Ganzen nur zwei Wahllisten aus. Teilweise wird aus nichtigen Gründen die Eintragung abgelehnt, teilweise wird denen, die sich doch eintragen, schwerer wirtschaftlicher Schaden zugefügt. Es wäre gut, wenn sich die Belgier über die Beweggründe des Generalstreiks keiner Täuschung hingeben, sondern erkennen würden, daß sie mit ihrer bisherigen Politik in eine Sackgasse geraten sind.

Wtb. Rotterdam, 3. Mai. Laut dem Nieuwe Rotterdamsche Courant erwartet Daily Chronicle, daß die polnische Offensive große Folgen zeitigen und einen Wendepunkt in der Geschichte Osteuropas bezeichnen wird. Das Blatt warnt aber die verantwortlichen Männer Polens, sich von dem Erfolg nicht blenden zu lassen.

Die Times schreibt wieder sehr freundlich über Polen, ermahnt aber ebenfalls zur Vorsicht.

Gleichmäßige Ernährung aller Länder.

Vorschlag der französischen Arbeiter.

Eine gemeinsame Handelsflotte. — Verteilung der Kriegslasten.

WTB. Paris, 3. Mai. Der Allgemeine Arbeiterverband (C. G. T.) erläßt eine programmatische Erklärung, in der er unter anderem die Errichtung eines internationalen Konsortiums zur Verteilung der Rohmaterialien, eine internationale, unter der Kontrolle des Völkerbundes stehende Handelsflotte, die Regelung der Frachtpreise und die gleichmäßige Ernährung aller Länder fordert. Ferner verlangt er eine internationale Verteilung der Kriegslasten, Beendigung der kolonialen Expeditionen sowie eine andere internationale Politik. Der Verband erklärt, die Arbeiter seien sich des Ernstes der Lage bewußt; aber die Erhöhung der Gehälter stelle das Gleichgewicht nicht wieder her und löse nicht die gestellten Probleme. Eine Umgestaltung der Methoden, eine andere Art der Verwaltung seien erforderlich. Darum drehe sich der Kampf im allgemeinen.

Dr. Köster über das Ergebnis der Verhandlungen in San Remo.

WTB. Budapest, 3. Mai. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Az Est" äußerte sich der deutsche Reichsminister des Aeußern, Dr. Köster, über das Ergebnis der Verhandlungen in San Remo, daß dasselbe keineswegs zu übergroßen Hoffnungen berechtige. Daran hindere schon der Passus in der amtlichen Havas-Erklärung, wonach sich die Entente die Besetzung weiteren deutschen Gebiets als Zwangsmaßnahme vorbehalte, die weder in dem Buchstaben noch in dem Geist des Friedensvertrages begründet ist, noch mit dem Geist und den Systemen des Völkerbundes in Einklang zu bringen ist. Unser Schritt hinsichtlich der Beibehaltung des 200000 Mann-Heeres soll ungünstig auf die Entente eingewirkt haben. Unsere letzte Denkschrift darüber faßt lediglich die Argumente zusammen, die unsere Geschäftsträger in London und Paris zu wiederholten Malen gegenüber den militärischen Stellen der Gegenseite betont haben. Die Frage der Beibehaltung des 200000 Mann-Heeres mußte zum 10. Juli entschieden sein. Hätten wir bis dahin mit unseren Gegenvorstellungen gewartet, so hätte uns die Entente später vorwerfen können, daß wir die Dinge an uns herantreten lassen, um ihr plötzlich die Pistole auf die Brust zu setzen.

Wir sind bestrebt, alles zu tun, um den Friedensvertrag loyal durchzuführen. Dazu müssen wir unseren Gegnern Klarheit verschaffen über das, was wir brauchen, und das, was wir geben können. Die Möglichkeit der mündlichen Aussprache in Spaa gibt uns Gelegenheit, endlich aus dem fruchtlosen Stadium des Notenwechsels herauszukommen. Wir gehen nach Spaa in der Hoffnung, daß mit dem dortigen Besprechungen die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles in die dem allgemeinen Interesse dienenden Bahnen geführt wird.

In dieser Richtung wünsche ich auch den jetzt in ein ernsteres Stadium gelangenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen einen günstigen Fortgang. Aber unbedingt müssen alle Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, welche dem nationalen Empfinden eines jeden Volkes, das noch etwas auf sich und seine Ehre hält, tödliche Wunden zu schlagen geeignet sind.

Daher hoffe ich, daß mit der Räumung des Maingaus nunmehr baldigst der erste Schritt gegenseitiger Verständigung getan wird. Die dazu notwendigen militärischen Umgruppierungen werden von uns beschleunigt ausgeführt werden.

Die Sowjetregierung erläßt einen Aufruf.

WTB. Amsterdam, 3. Mai. Englischen Blättern zufolge hat die Sowjetregierung einen Aufruf an die Arbeiter, Landleute und roten Soldaten gerichtet, in dem es heißt:

Sowjetrußland, welches Denkin, Koltschak und Judenitsch besiegt hat, ist imstande, mit Feuer und Stahl den polnischen Panes und denen, die hinter ihnen stehen, zu beweisen, daß die Zeit, wo das russische arbeitende Volk wehrlos war, zu Ende ist. Ihr könnt den polnischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten einen solchen Schlag versetzen, daß sein Echo in [illegible] der Sowjetrepublik widerhallt."

„Westminster Gazette" schreibt zu diesem Aufruf, keiner bedarf den neugeschaffenen Frieden dringender als Polen. Die Alliierten mögen ihren Einfluß dazu verwenden, den Krieg baldigst wie möglich zu beenden. „Daily News" nennt diesen Krieg verbrecherisch. Die Alliierten sollten der polnischen Regierung keine Art Kriegsmaterial geben. Der Völkerbundsrat müsse zusammengerufen werden. Die „Times" steht in dem polnischen Vorgehen nur einen Akt der Selbstverteidigung.

WTB. Berlin, 4. Mai. (Amtlich.) Das unter Leitung eines parlamentarischen Unterstaatssekretärs im Reichswehrministerium arbeitende Untersuchungsamt über die Märzvorgänge hat bisher 14 Fälle erledigt und dem Reichswehrminister vorgeschlagen, die Generale von Hülsen, von Lettow-Vorbeck, Strempel, die Obersten Freiherrn von Wangenheim, von Lebebour, Oberstleutnant von Klewitz und Major Mathias unter Anklage zu stellen und vom Dienst zu entheben; General von der Hardt, Oberstleutnant von Witzell, die Majore von Sydow und Bock zu beurlauben und gleichfalls unter Anklage zu stellen und die Fälle aus dem Gefangenenlager Chemnitz, den des Majors Wille und den des Oberstleutnants von Fabeck wegen mangelnder Beweise niederzuschlagen.

WTB. Berlin, 4. Mai. Nachdem das Gesetz betr. den Staatsvertrag über den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich in Kraft getreten ist, übernimmt der Reichsverkehrsminister mit dem 5. Mai d. Js. die oberste Leitung der Reichseisenbahnen. Da nach dem Staatsvertrag die Uebernahme der im Reichsverkehrsministerium selbst zu bearbeitenden Angelegenheiten erst nach und nach für alle Aemter gleichmäßig bis zum 1. April 1920 erfolgen soll, bearbeiten bis dahin die mit Reichseisenbahnfragen befaßten Teile der bisherigen landesstaatlichen Ministerien ihre bisherigen Geschäfte als Reichsbehörden weiter und zwar unter der Bezeichnung „Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums". Im Reichsverkehrsministerium selbst werden zunächst außer der obersten Aufsicht und Leitung und den wichtigsten Personalangelegenheiten nur die Geschäfte der obersten Betriebsleitung, die Aufstellung des Gesamtetats und die Organisationsangelegenheiten grundsätzlicher Art behandelt.

WTB. Haag, 4. Mai. Die internationale Hilfskonferenz für die verschiedenen Länder Mitteleuropas kam zu einer Einigung über die Vorschläge für eine Hilfsaktion. Diese wird in der Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen bestehen. Zur Bezahlung wird jedem Lande ein Kredit eröffnet. Alle Kredite werden einen Gesamtbetrag bilden, auf den ein allgemeiner Modus Anwendung findet. Eine internationale Kommission wird sich darüber vergewissern, daß die Kredite möglichst der Bedürftigkeit der Länder entsprechend verteilt werden.

WTB. Amsterdam, 4. Mai. „Telegraaf" zufolge wurde im englischen Unterhause von der Regierung mitgeteilt, daß die ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe folgendermaßen verteilt werden: England erhält 5 Kriegsschiffe und 124 U-Boote, Frankreich 2 Kriegsschiffe und 38 U-Boote, Japan und Amerika je 2 Kriegsschiffe, Italien 7 U-Boote. Italien erhält auch die Kriegsschiffe, die in Scapa Flow versenkt wurden.

Eine deutche Note über die Putschpläne in Oberschlesien.

WTB. Berlin, 4. Mai. In der Angelegenheit der durch die Veröffentlichung der geheimen Dokumente bekannten polnischen Putschpläne in Oberschlesien wurde dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission in Oppeln, General Le-Rond, folgende Note übergeben:

Nach den Ereignissen der letzten Wochen in Oberschlesien hält sich die deutsche Regierung für verpflichtet, die Aufmerksamkeit der interalliierten Kommission auf die Tätigkeit der polnischen revolutionären Organisationen hinzulenken, welche eine

gewaltsame Umwälzung in Oberschlesien

zu Gunsten der Polen anstreben. Die der deutschen Regierung zur Verfügung stehenden Unterlagen weisen die polnischen Umsturzpläne einwandfrei nach, so z. B. den Befehl des Komitees zum Schutze Schlesiens, Organisationsabteilung, vom 12. April 1920 Nr. 408/20, in dem zur gewaltsamen Vereinigung Oberschlesiens mit dem polnischen Staate aufgerufen wird. Die Schaffung einer Verschwörung und eines polnischen Aufstandes wird hierin im einzelnen vorbereitet und das Verhalten gegenüber der interalliierten Kommission festgelegt, damit aller Verdacht von den Polen abgewendet wird und die sofortige Mobilisation von polnischen Militärorganisationen in acht oberschlesischen Kreisen, nämlich Beuthen, Kattowitz, Königshütte, Gleiwitz, Zabrze, Myslowitz, Oppeln und Rybnik, angeordnet wird. Ich beehre mich, sieben Photographien der Originalbefehle und sieben Uebersetzungen der Dokumente beizufügen.

Die deutsche Regierung glaubt nicht fehlzugehen in der Voraussetzung, daß nach den Bestimmungen und dem Geiste des Friedensvertrages es eine der wesentlichsten Aufgaben der interalliierten Kommission darstellt, eine

gerechte, in Ruhe und Ordnung sich vollziehende Abstimmung unparteiisch vorzubereiten und daher vor allem jeden Versuch einer gewaltsamen Aenderung der politischen Verhältnisse in Oberschlesien zu verhindern. Es bedarf wohl keiner Betonung, daß eine Kampforganisation, wie es die durch Dokumente aufgedeckte Organisation ist, mit diesen Grundsätzen nicht im Einklang steht und demzufolge ihr Wirken und ihre Ziele nicht die Billigung der interalliierten Kommission finden können.

Die deutsche Regierung hält es für ihr Recht und ihre Pflicht, darum zu ersuchen, daß die interalliierte Kommission in Oppeln mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die aufrührerischen polnischen Organisationen in Oberschlesien, auch wenn diese nicht von der polnischen offiziellen Regierung, sondern von privaten patriotischen polnischen Verbänden geschaffen worden sind, aufhebt und sämtliche damit in Verbindung getretenen Leute des Landes verweist.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle diese Personen gegen die Bestimmungen des Artikels 88, Anlage § 3 Absatz 5 des Friedensvertrages verstoßen haben und demzufolge der Ausweisung unterliegen müssen.

Von den deutschen Geschäftsträgern in London, Paris und Rom wird den dortigen Regierungen von obenstehender Note Kenntnis gegeben werden.

Eröffnung des internationalen Wirtschaftskongresses.

Wtb. Frankfurt a. M., 1. Mai. Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung aus dem Reich und dem Ausland wurde heute der Internationale Wirtschaftskongreß von Oberbürgermeister Voigt eröffnet, der darauf hinwies, daß die Messen berufen seien, die zerrissenen Fäden zwischen den Ländern der Welt wieder anzuknüpfen. Unterstaatssekretär Hirsch betonte, daß nur eine gemeinsame Aktion der Weltstaaten einen europäischen Zusammenbruch verhüten könne. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Vortrag des Staatssekretärs a. D. Dr. August Müller über die internationale Regelung der Rohstoffversorgung.

Verbot der „Frankfurter Zeitung durch die Franzosen.

Wtb. Paris, 1. Mai. Nach einer Havasmeldung aus Straßburg ist die „Frankfurter Zeitung" bis zum 30. Juli in den Departements Oberrhein, Niederrhein und Mosel verboten worden.

Vor der Abstimmung in Masuren.

Königsberg, 3. Mai. Je näher der Tag der Abstimmung in Masuren kommt, desto offener zeigen sich trotz der zunehmenden Verschlechterung ihrer Aussichten die polnischen Bestrebungen, Masuren in ihren Besitz zu bekommen. In einem polnischen Flugblatt heißt es unter anderem: „In Masuren gibt es 18 Städte, 1800 Dörfer, 3400 fischreiche schöne Seen; wir wollen sie zur Verstärkung unseres Vaterlandes und zur Ausbreitung unserer Grenzen haben. Masuren ist der Weg zum Baltikum; wir müssen es bekommen. Masuren liegt drei Tagesmärsche von unserer Hauptstadt; die Sicherheit der Hauptstadt verlangt, daß wir es haben." — Die Führer der englischen Besatzungstruppen in Masuren unternehmen zurzeit eine Rundreise durch das Abstimmungsgebiet unter der Parole, es kennen lernen zu wollen. Von der Bevölkerung wird diese Reise zum Teil der Absicht zugeschrieben, den Bewohnern die Machtmittel der interalliierten Kommission vor Augen zu führen.

Französische Ueberwachung der Frankfurter Stadtverordnetensitzungen.

Basel, 3. Mai. Die „Chikago Tribune" meldet aus Frankfurt: Der Vorsitzende des Stadtverordnetenkollegiums wurde von dem französischen Kommandanten gerufen, wobei ihm eröffnet wurde, daß von jetzt an französische Offiziere den Sitzungen des Stadtverordnetenkollegiums beiwohnen werden. Diese Maßregel werde auf den Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums zurückgeführt, in welchem gegen die Besetzung Frankfurts durch die Franzosen protestiert wurde.

Vereitelte Schiebung.

Kiel, 3. Mai. Wie die „Kieler Neuesten Nachrichten" melden, ist es der Erfassungsabteilung Kiel des Reichsschatzministeriums gelungen, einen Transport Maschinengewehre, der für 180 000 Mark nach Stockholm verschoben werden sollte, zu beschlagnahmen. Einer der Schieber wurde verhaftet.

Scharfe Maßnahmen der Schweiz gegen Anfeuhr.

Basel, 3. Mai. Großes Aufsehen erregt in der Schweiz die Interpellation des sozialistischen Nationalrats Grimm über einen geheimen Erlaß des Militärdepartements, in dem es u. a. heißt: Wenn in einer Stadt sich eine aufrührerische Bewegung bemerkbar macht, ist sofort der Ausnahmezustand über diese Stadt zu verhängen. Wenn eine aufrührerische Menge Steine wirft, hat sofort die Infanterie zu schießen. Sollte aus der Menge gefeuert werden, so hat Infanterie und Artillerie ausgiebigen Gebrauch von Maschinengewehren und Geschützen zu machen. Hetzer und Führer, die in den hintersten Reihen ihr Wesen treiben, sollen von guten Schützen einzeln abgeschossen werden. Gegen Revolutionäre, die aus Häusern feuern, sollen Handgranaten verwandt werden. Gegen oberste Stockwerke ist zu empfehlen, Gebirgsartillerie zu verwenden. Gegen Barrikaden ist mit Handgranaten vorzugehen.

Neue Kämpfe in Posen.

Breslau, 4. Mai. Gerüchten zufolge sollen seit dem 2. Mai abends in Posen neue Kämpfe im Gange sein, deren Ursache in dem Bestreben der Polen liegt, sich von der Zentralisierung durch die Warschauer Regierung zu befreien. Aus Briefschaften, die bei polnischen, im Kreise Militsch abgefangenen Spionen gefunden wurden, geht hervor, daß polnische Pläne bestehen, diesen mittelschlesischen Kreis bis zur Linie des Flusses Bartsch zu besetzen. Reichswehrtruppen sind zur Sicherung des Grenzgebietes angekommen.

Rundreise des Reichsernährungsministers.

Berlin, 4. Mai. Der Reichsernährungsminister Dr. Hermes beabsichtigt, sich Mittwoch abend mit einigen Referenten und in Begleitung des Vorstandes der Reichsgetreidestelle nach Köln zu begeben, um mit den Behörden- des besetzten Gebietes aktuelle Fragen der Ernährungslage zu besprechen. Ueber die Lage unserer Ernährung wird er ausführlich auf der in Köln stattfindenden Tagung der rheinischen Bauernschaft berichten. Im Anschluß an diese Reise wird er in allernächster Zeit auch den süddeutschen Regierungen Besuche abstatten. In München dürfte er mit dem bayerischen Landwirtschaftsminister die in der vergangenen Woche in Berlin gepflogenen Verhandlungen über Ernährungsfragen fortsetzen. Bei den Berliner Besprechungen, die beide Minister unlängst hatten, handelte es sich in erster Linie um die Festsetzung des Anteils, den Bayern an den neuen Auslandslebensmitteln und Auslandsgetreidelieferungen erhalten soll. Bayerns Anteil wird in Zukunft ein Achtel betragen. Ferner konnte auch die bayerische Brotversorgung sichergestellt werden.

Polnische Wühlereien in Breslau.

Berlin, Ueber polnische Wühlereien in Breslau wird folgender unerhörter Vorfall gemeldet: Bekanntlich wurde von der polnischen Partei in Oberschlesien angeregt, zwecks Ausschaltung der ihr verhaßten Sicherheitswehr eine polnische Miliz zu bilden, „deren Mitglieder nur aus äußerst zuverlässigen Polen aus Oberschlesien bestehen sollen." Zur Gründung dieser polnischen Miliz war eine Zusammenkunft der polnischen Abteilungsleiter bezw. Kommissare in einer oberschlesischen Stadt geplant. Mit Rücksicht darauf, daß Versammlungen solchen politischen Charakters von der verbündeten Kommission in Oberschlesien verboten sind, wurde eine Zusammenkunft in Breslau festgelegt und zwar nach Angabe von einwandsfreien Zeugen bei einem Breslauer Polen auf der Taschenstraße. Diese Versammlung wurde geleitet von den Bankdirektoren Dr. Hyla aus Laurahütte und Orlikl aus Gleiwitz. Es waren außerdem etwa 16 Personen anwesend, die polnischerseits als Leiter der zu bildenden polnischen Miliz ausersehen sind. Beschlossen wurde, die betreffenden Beamten möglichst bald nach Posen zwecks Ausbildung zu entsenden und nur einwandsfreie und wirklich polnisch gesinnte Unterbeamten einzustellen. Ein wegen seiner polnischen Gesinnung schon bekannter Geistlicher in Breslau soll auf dieser Geheimsitzung einen eingehenden Vortrag über den Zukunftsstaat Polen gehalten haben. — Um den Schein zu verwischen, daß diese Zusammenkunft den Charakter einer Versammlung trage, wurde sie in die Form eines Festgelages gebracht. Es ist hierbei viel über die Agitation der deutschen Behörden und die Leiter der deutschen Sache in Oberschlesien geschimpft und gelästert worden. Die namhaftesten Führer des Deutschtums in Oberschlesien wurden mit ihren Namen genannt, ihre Privatverhältnisse untersucht und Pläne geschmiedet, wie man an sie zwecks ihrer Beseitigung und Unmöglichmachung herankommen könnte. Es wurde auch über die zunehmende Agitation für die Abstimmung in Oberschlesien gesprochen. So sollen Kontrolleure aus diesen polnischen Militärämtern geblidet und diesen die polnischen Agenten unterstellt werden. Der Arbeitsplan für die Agenten wurde dahin festgestellt, daß jeder polnische Agent bis zu 25 Familien ständig zu bearbeiten hat. Diese Agenten sollen auch versuchen, in den deutschen Kreisen möglichst viel Verwirrung hervorzurufen. Anlaß zu dieser Tätigkeit gebe vollauf das polnische Lebensmittelangebot. — Die Taktik der polnischen Agenten wurde dahin festgestellt, mit diesen Lebensmittelangeboten so zu operieren, daß nur diejenigen Deutschen Lebensmittel und Kleidungsstücke aus Polen erhalten sollen, welche nachweisbar für Polen stimmen werden. Vorläufig weiß ja das ausgeporverte Polen selbst nach nicht, wie es sein im Elend geradezu verkommendes Proletariat in Krakau, Warschau und Lemberg usw. sich vom Halse halten soll. Die polnischen Agenten erhielten ferner die Anweisung, überall in den deutschen Kreisen die Meinung zu verbreiten, daß vonseiten Polens eine Kontrolle eingesetzt werde über diejenigen, welche für Deutschland stimmen wollen. Diese will man sich nach der bestimmt zu erwartenden Einverleibung an Polen merken.

Was die Beschlüsse dieser Versammlung selbst anbelangt, so liegt doch klar und unzweideutig vor Augen, daß Polen mit seiner Agitation Wege wandelt, die nach den Bestimmungen der interverbündeten Kommission unerlaubt sind. Ganz abgesehen von der Truppenvorbereitung eines neuen polnischen Aufruhrs, enthalten sie eine so unsaubere Agitationsmethode, daß man nicht von einer Aufklärung, sondern nur von einer Verputschung der oberschlesischen Bevölkerung zu reden berechtigt ist.

Das Skandalöse und Unerhörte bei dieser Versammlung liegt aber darin, daß sie in der deutschen Stadt Breslau stattfand. Es werde wirklich Zeit, daß Mittel und Wege gefunden werden, diesen unerhört frechen polnischen Machenschaften ein für allemal in der schärfsten und rücksichtslosesten Weise ein Ziel zu setzen.

Lokales.

?? Namslau, 5. Mai. („Sternlauf.") Im Anzeigenteil d. Bl. finden die Leser die Einladung zu dem vom Namslauer Ortsverband für Leibesübungen für Sonntag, den 9. Mai, anberaumten „Sternlauf." Es sei nochmals kurz auf den Zweck dieser Kundgebung hingewiesen: „Arbeit ist das Gold, mit dem wir Deutschland hochbringen. Gesundheit die erste Vorbedingung und Leibesübung die Grundlage auf der sie sich aufbaut." Für Leibesübung muß daher nach Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht mehr als bisher in anderer Weise gesorgt werden. Alle dem Turnen und Sport dienenden Einrichtungen sind zu vermehren und zu verbessern. Insbesondere sind ausreichend große und zweckdienlich ausgestattete Spielplätze in genügender Zahl zu schaffen, wie es der vom deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen der Regierung vorgelegte Spielplatz-Gesetzentwurf fordert. Hinter diese Forderung soll sich das ganze Volk stellen; insbesondere will die gesamte Jugend für die Erfüllung dieser Forderung werben. Um ihr dazu Gelegenheit zu geben, ist vom deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen der 9. Mai zum allgemeinen deutschen Spielplatzwerbetag bestimmt worden. In vielen hundert Städten wird daher an dem genannten Tage ein „Sternlauf" ausgeführt, an dem sich alle Leibesübung treibenden Vereine und alle Schulen, aber auch alle sonstigen Jugendlichen beteiligen sollen. Für die Veranstaltung in Namslau haben sich, wie in der letzten Sitzung des Ortsverbandes am 30. April bereits festgestellt werden konnte, 650 Läufer und Läuferinnen gemeldet. Sicherlich wird sich diese Zahl noch erhöhen. Die auf den Zuschauerträgen dem Mittelpunkt der Stadt zueilenden Teilnehmer werden dort im Anschluß an eine Ansprache dem deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen ihre Zustimmung zum Spielplatz-Gesetzentwurf durch ein Telegramm übermitteln. Der hiesige Ortsverband für Leibesübungen gibt sich der Hoffnung hin, daß auch die Namslauer Bürgerschaft für das große Werk der körperlichen und sittlichen Erneuerung unseres Volkes Verständnis und tatfreudigen Willen zeigen wird durch zahlreiche Beteiligung an der geplanten Kundgebung, die keinen anderen Zweck hat, als an ihrem Teile in bescheidenem Maße mitzuwirken an der Schaffung einer wichtigen Vorbedingung für den zu leistenden Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

= (Vom schlesischen Fleischergewerbe.) Der Vorstand des Bezirksverbandes Schlesien im deutschen Fleischergewerbe hielt in Breslau vor einigen Tagen eine Sitzung ab. Anlaß hierzu gaben, wie wir Tageszeitungen entnehmen, in erster Linie die durch die Reichsfleischstelle bezw. durch das Reichsernährungsamt vorgelegten Denkschriften und Entwürfe der künftigen Ausgestaltung der Fleischversorgung Deutschlands. In diesen Vorlagen zieht sich wie ein roter Faden die Absicht, die Zwangswirtschaft für Fleisch nur nicht aufzuheben, sondern dieselbe zu verewigen. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Der Vorstand des Bezirksvereins Schlesien erhebt energischen Protest gegen die in Aussicht genommene neue reichsgesetzliche Regelung in der Fleischversorgung. Wir protestiren dagegen, daß die Reichs-, Landes- und Provinzialfleischstellen weiter bestehen bleiben, da sie nur fleischverteuernd wirken. Wir wollen endlich freien Verkehr mit Fleisch und Vieh, weil nur dann alles vorhandene Schlachtvieh der Oeffentlichkeit zur Verfügung steht und alle Schwarzschlachtungen und Fleischschiebungen aufhören. Wir sehen in den in Aussicht genommenen Vorschriften eine weitere Schädigung der Fleischversorgung unserer Mitbürger, die bei der gegenwärtigen Unterernährung auf jeden Fall vermieden werden muß." — An den Verband in Köln richtete der Bezirksverein telegraphisch die dringende Aufforderung, sofort energische Schritte gegen die drohende Verewigung der Zwangswirtschaft im Fleischergewerbe zu unternehmen. Der Bezirksverein stelle sich geschlossen hinter ein derartiges Vorgehen des Verbandsvorstandes. — Wie aus Breslauer Fleischerkreisen berichtet wird, hat infolge der hohen Preise für Gefrierfleisch ein großer Teil der Bevölkerung die Fleischabnahme verweigert, so daß den Fleischern bedeutende Bestände dieser Waren für die kommenden Wochen übrig blieben. Da an einem Pfund Gefrierfleisch den Fleischern nur ein Bruttogewinn von 50 Pf. verbleibt, so entstehen schwere Schädigungen, zumal noch durch das Auftauen des Gefrierfleisches ein wesentliches Mindergewicht eintritt. Es wurde beschlossen, an den Magistrat den Antrag zu stellen, aus dem nicht abgesetzten Gefrierfleisch Kochloch- und Zervelatwurst herstellen zu dürfen, erstere zu demselben Preise wie das Fleisch ohne Knochen, letztere mit 50 Prozent Aufschlag.

Bekanntmachung.

Die neuen, erhöhten Post- und Telegraphengebühren treten am 6. Mai in Kraft. Die neuen Sätze werden im Schalterraum des Postamts rechtzeitig bekannt gegeben.

Synagogen-Gemeinde.

Freitag den 7. Mai abends 7¼ Uhr.
Sonnabend den 8. Mai nachm. 3 Uhr (Jugendgottesdienst).

Bekanntmachung.

Von den von Juli 1920 bis 1921 zur Abfuhr gelangenden Fäkalien sind noch einige Hundert Tonnen zu vergeben.

Abnehmer wollen sich baldigst bei uns, Zimmer 1, melden.

Namslau, den 29. April 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Kreis Namslau ist bisher bezüglich der Kontrolle der Beitragsentrichtung und der Wahrnehmung sonstiger Geschäfte der Invalidenversicherung der Kontrollstelle in Kreuzburg überwiesen gewesen.

Da für den Kontrollinspektor in Kreuzburg infolge der Paßbestimmungen der Regierungs- und Plebiszit-Kommission für Oberschlesien in Oppeln bei Reisen in das unbesetzte Gebiet und bei seiner Rückkehr nach Kreuzburg Schwierigkeiten entstehen, hat die Landesversicherungsanstalt „Schlesien" in Breslau den Kreis Namslau der Kontrollstelle in Oels, die dem Kontrollinspektor Käckel in Oels übertragen ist, zugeteilt.

Der Bedarf an Quittungskarten, Rentenquittungs- usw. Vordrucken ist von jetzt ab von der Kontrollstelle in Oels, deren Geschäftszimmer sich Bahnhofstr. 1 b befindet, einzufordern.

Namslau, den 30. April 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Am 3. Mai mittags 2 Uhr entschlief plötzlich und unerwartet nach kurzem Krankenlager unser inniggeliebter, herzensguter, treusorgender, unvergesslicher Gatte, Vater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Schneidermeister Carl Fabian

im 70. Lebensjahre.

Im grössten Schmerz

Anna Fabian u. Kinder.

Beerdigung Donnerstag, den 6. Mai, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause Schützenstrasse 18.

Am Mittwoch, den 12. Mai, nachm. 1/2 2 Uhr
werden

sämtliche Obstbäume

der Domäne Schmograu b. Namslau

meistbietend gegen sofortige Barzahlung im

Gasthof Witteck, Schmograu

versteigert. **Pachtbedingungen liegen dort aus.**
Polizeilichen Ausweis mitbringen.

Die Gutsverwaltung.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 15. Mai, nachm. 3 Uhr findet in der **evangelischen Schule** die

Verpachtung der hiesigen Kirschen

statt. Jeder Bieter hat eine Bietungskaution von 50 M. zu erlegen und der Pächter nach Erteilung des Zuschlages die ganze Pachtsumme sofort zu zahlen.

Schmograu, den 3. Mai 1920.

Der Gemeinde-Vorsteher.
Schölzel.

Hiermit erkläre ich, daß die gegen mich verbreiteten Gerüchte falsch sind. Ich habe und will mit der polnischen Agitation nichts zu tun haben und verbitte mir jede Anschuldigung.

Josef Kalis, Sophienthal.

Deutsche Mittelstandspartei.

Zwecks Gründung von Ortsgruppen

werden **Interessenten** gebeten, **ihre Adresse** an die **Geschäftsstelle** der

Deutschen Mittelstandspartei, Breslau 10, Matthiasstr. 62

einzusenden. **Tel. 8464 Ring.**

An alle landwirtsch. Arbeitgeber!

Nachdem die Nationalversammlung und die preußische Landesversammlung

den 1. Mai als Feiertag nicht anerkannt haben,

sind die Arbeitgeber **berechtigt,** bei Arbeitseinstellung den Arbeitern den auf diesen Tag entfallenden Lohn in Abzug zu bringen.

Die Mitglieder des unterzeichneten Verbandes sind **verpflichtet,** dies zu tun.

Strehlitz, den 5. Mai 1920.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes der land- und forstwirtschaftlichen Unternehmer des Kreises Namslau.

Bennecke.

Theater in Namslau.

Opitz Theatersaal.

Sonntag, den 9. Mai, abends 8 1/4 Uhr

Gastspiel Dir. H. Raymund.

Neu! Neu!

Die lustigen Heidelberger.

Schwank in 4 Akten von E. Schreiber.

Großer Lacherfolg!

Preise der Plätze im Vorverkauf bei Herren Kaufmann Heilmann und Mummert: Sperrsitz 3,75 M., I. Platz 3 M., II. Platz 2,25. Abends Aufschlag.

Nachm. 4 Uhr: Jugendvorstellung.

„Goldhärchen".

Sperrsitz 80 Pf., I. Pl. 60 Pf., II. Pl. 50 Pf.

Die Direktion.

Namslauer Ortsverband für Leibesübungen.

Sonntag, den 9. Mai wird der angekündigte

Sternlauf

ausgeführt.

Vereine und Schulen versammeln sich um **1 Uhr** an der „Hindenburgballe".

Eintreffen der Läufergruppen etwa 2 1/4 Uhr auf dem Ringe. — Vorspruch. — Ansprache. — Entschließung.

Abmarsch nach dem Sportplatz des S. C. „Preußen". Daselbst: **2 Fußball- und 2 Faustball-Wettspiele.**

Alle Bürger und Bürgerinnen von Stadt und Kreis werden zur Teilnahme an dieser Kundgebung herzlich eingeladen. Die Jugend aber, die einst ernten soll, was wir mühsam zu säen uns unterfangen, beteilige sich am Lauf vollzählig.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Oeffentl. Vortrag.

Am Freitag, den 7. Mai 1920, abds. 7 Uhr,
wird
im Saale des Hotels z. Goldenen Krone in Namslau

Herr Generalsekretär Müller-Franken aus Berlin

einen Vortrag über das Thema:

Woran geht unser Mittelstand zu Grunde?

halten. Anschließend soll die Frage der Gründung einer Gewerkschaft aller selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden erwogen werden.

Wir laden Alle, die den hohen Wert des selbständigen Mittelstandes in Stadt und Land für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes erkannt haben, zu dieser Versammlung ein.

Der Ortsausschuß für freie Wirtschaft zu Namslau.

J. Titze. Ad. Toebe. W. Hoffmann.

Sonnabend, den 8. Mai cr., im Saale des Herrn **Bohla, Sophienthal**

Großes Maikränzchen.

Anfang 6 Uhr.

Es laden ergebenst ein

das Komitee, der Wirt.

Zu dem am **Sonntag, den 9. Mai** stattfindenden

Mai-Kränzchen

ladet freundlichst ein

Gasthausbesitzer Paul Staffotius, Wallendorf.

Haferkleie

offeriert

S. Hamburger vorm. M. Gottheiner, Namslau.

Wir suchen zum baldigen Antritt einen

Kassenlehrling.

Anfangsentschädigung bei befriedigenden Leistungen monatlich **30 Mark.**

Krankenkassenverband Namslau.

Wohltätigkeits-Aufführung

zugunsten
des Wohlfahrtsfonds des Sozialdemokratischen Vereins Namslau

Donnerstag, den 6. Mai 1920 im Saale bei Opitz.

Programm:

1. **Darbietungen des Arbeitergesangvereins Namslau** (gemischter Chor) „Sängergruß", Chorlied aus der Zauberflöte", „Aus alten Märchen winkt es", „Abendglöcklein".
2. **Die Drehorgelballade.**
3. **Lebende Bilder.** „Die Jahreszeiten des Lebens und der Liebe" in 16 Bildern.
4. **Die Verlobung im Gefängnis.** Schwank in einem Aufzuge.

Beginn 8 Uhr abends.

Beginn des Verkaufs der Eintrittskarten: 7 Uhr abends an der Saalkasse.

Preise der Plätze: Für Parteimitglieder 1 M., für Nichtmitglieder 2 M. Kinder halbe Preise; jedoch sind „der Wohltätigkeit keine Schranken gesetzt".

Vorverkauf im Parteibüro (Hospitalgasse 2, bei Peuker).

Krankenkassen- An- u. Abmeldebogen
O. Opitz'sche Buchdruckerei.

Die neuen

Steuergesetze

dritte Reihe.

Einkommensteuergesetz
Körperschaftssteuergesetz
Kapitalertragssteuergesetz
Landessteuergesetz.

Zu haben in der

Buchhandlung O. Opitz.

Gebr. Möbel,

wie **Spiegel, Kleider- und Wäscheschrank, Chaselongue usw.** sucht zu kaufen

Piehl, Buchelsdorf.

Nachlaß-Versteigerung.

Sonnabend, d. 8. Mai 1920, vorm. 10 Uhr werde ich bei Herrn Gasthausbesitzer **Weber,** hierselbst

Möbel, Kleidungsstücke, Haus- und Wirtschaftsgerät pp.

öffentlich meistbietend versteigern.

Die Sachen sind gebraucht.

Besichtigung 1/2 Stunde vorher.

Reimann,
Gerichts-Vollzieher in Namslau.

Eine

Landwirtschaft

von 30 bis 50 Morgen zu kaufen gesucht. Zuschriften erbeten an

Ernst Mansik, Prygorselle, Post Bankwitz, Kr. Namslau.

Spielkarten

sind wieder zu haben in der

Buchhandlung O. Opitz.

Hühneraugen

Hornhaut, Ballen u. Warzen beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit

Kukirol. In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Preis M. 2,50.

Oscar Tietze.

Hühneraugen!

Hornhaut etc. beseitigt dauernd

Ria-Balsam,

tausendfach bewährt! Viele Nachbestellungen! Preis M. 5.— frko. Nur zu beziehen durch

Hofapotheke Hedingen Hohenz.

Junge Enten

sind zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Für Wiederverkäufer
Ein Posten franz.

Blockschokolade

eingetroffen.

Filiale **Selbmann,** Klosterstr.

Männer-Arbeits-Jacken

von bestem Leinendrell, in vorzüglicher Haltbarkeit, empfiehlt

Oskar Obst, Herrenstr. 2,
Nähe Kreishaus.

---

1 Schäferhund

zugelaufen. Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen bei

Fabian, Eidmannsdorf.

Zu dem am **Sonntag, den 9. d. Mts.** stattfindenden

Mai-Kränzchen

ladet freundlichst ein

Seidel, Gasthausbesitzer,
Damnig.

Achtung!

Eine einmalige Erinnerung!

Meinen werten Kunden die freudige Mitteilung, daß meine **beiden Störche** sich bei mir wieder eingefunden haben und nehme wieder Bestellungen entgegen.

Robert Polit, Strehlitz.

Heirat! Bin von vielen Damen aller Stände beauftragt, denselben zu einer glückl. Ehe zu verhelfen. Herren mit u. ohne Vermögen erhalt. diskr. Auskunft durch Concordia. Berlin O. 34.

Handwerker,

31 Jahre, evang., sucht mit **Dame** vom Lande zwecks **bald. Heirat** in Verkehr zu treten. Mädchen mit etwas Ausstattung und welche Landarbeit verstehen, werden gebeten, ihre werten Zuschriften u. **R. 23** an die Exp. d. Bl. abzugeben.

Suche bald einen Dom.-Stellmacher und einen Lohngärtner.

Thomas Stanneck, gewerbsmäß. Stellenvermittl. Namslau.

Aufs Land gesucht, saubere,

tücht. Köchin od. Wirtschafterin

firm in einfacher und **feiner** Küche, Backen und Einlegen.

Bild und Zeugnisse sind zu senden an

Frau Bergrat Besser, Gieschewald O.-S.,
Station Bogutschütz.